

## Die sozialdemokratische Reichskonferenz.

(Telegramme der Arbeiter-Zeitung.)

Berlin, 21. September. Ueber den ersten Verhandlungstag wird folgender Bericht ausgegeben:

Scheidemann, der Referent über den Punkt: Die Politische Partei, führte aus: Die mit Siebenachtelmehrheit beschlossene Zustimmung der Fraktion zum ersten Kriegskredit entsprach durchaus der Volksstimmung, die sich damals der von Rußland drohenden Gefahr voll bewußt gewesen ist. Heute überwiegt die Opposition, daß die Deutschland bedrohende Gefahr wahrlich nicht geringer geworden ist. Es besteht kein Anzeichen, daß die Ablehnung der Kriegskredite durch die deutsche Sozialdemokratie ein gleiches Vorgehen der sozialistischen Parteien Englands und Frankreichs zur Folge haben wird, selbst wenn dort ein Teil der sozialistischen Parteien dazu entschlossen wäre. Die Wirkung auf die Regierungen wäre auch äußerst gering gewesen, wie sich in Italien und Rumänien gezeigt hat, die sich bereits nach langer Dauer des europäischen Krieges trotz der sozialistischen Warnungen, Italien auch trotz Gebietsangebots, in den Krieg gestürzt haben. Die Bewilligung des Staatsvoranschlags für 1915 war keineswegs eine Vertrauensfundgebung für die Regierung, sondern geschah im Dienste der selbstverständlichen Pflicht der Vaterlandsverteidigung. An dem Gerede über die „sozialdemokratische Regierungspolitik“ ist nicht mehr, als daß jetzt die sozialdemokratische Fraktion von der Regierung ebenso informiert wird wie andere Parteien. Es ist also nur ein Ausnahmezustand beseitigt worden. Schon der Zustand der Ernährungsfrage schließt ein besonderes Vertrauensverhältnis zur Regierung aus. Es gibt keinen Parteitagbeschuß und keinen Beschluß eines internationalen Kongresses, der zur Ablehnung der Kriegskredite verpflichtet. Da aber das Parteiprogramm die allgemeine Volksbewaffnung fordert, so geschieht das natürlich, damit das Volk in Waffen die Unabhängigkeit des Landes verteidigen könne. Die Kriegsziele der Entente, die gegenüber den deutschen Erklärungen zur Friedensbereitschaft immerfort wiederholt werden, bedrohen ein besiegtes Deutschland damit, daß es die Produkte seiner Arbeit fremden Eroberern abliefern müsse. Wo bleiben da Sozialismus und gerechte Güterverteilung? Die Beschlüsse der internationalen Kongresse, daß die sozialistischen Parteien auf die rasche Beendigung eines ausgebrochenen Krieges hinzuwirken haben, gelten gleichermaßen für alle sozialistischen Parteien. Unser Bemühen, danach zu handeln, begegnet aber immer wieder auf der anderen Seite schroffer Ablehnung. Nachdem Scheidemann entschieden gegen annexionsistische Forderungen gesprochen und die deutlichere Bezeichnung der deutschen Friedensziele durch den Reichskanzler, schon zur Widerlegung der feindlichen Entstellungen und Verleumdungen, gefordert hatte, behandelte er die Fraktionspaltung. Er schloß mit der Zuversicht, daß die deutschen Arbeiter fordern werden, daß sich die deutsche Sozialdemokratie einheitlich mit ganzer Kraft den kommenden großen Aufgaben zuwenden werde.

Hert referierte nun über die Tätigkeit des Parteivorstandes. Er verwies darauf, daß der Krieg die glänzende Entwicklung der Partei unterbrochen habe, und gab Auskunft über die inneren Verwaltungsmassnahmen des Vorstandes, ferner über die oftmalsigen, aber stets am Widerstand des Internationalen Sozialistischen Büros sowie der sozialistischen Parteien der Ententestaaten gescheiterten Bestrebungen, Besprechungen der deutschen Partei mit ihnen herbeizuführen. Er erörterte dann die Aktionen der Partei und der Gewerkschaften gegen Mißstände in der Volksernährung. Dann besprach er eingehend das Entstehen und Vorgehen der Opposition, wobei er meint, daß die Gegensätze wohl sachlichen Differenzen entspringen, aber nicht eine Austragung unmöglich machen, die die Kameradschaft zerstört. Die Arbeiterschaft brauche die Einigkeit.

Berlin, 22. September. Der Vormittag des zweiten Verhandlungstages war ganz ausgefüllt durch das Korreferat des Hauptredners der Opposition.

### Die Korreferenten.

Gaase polemisierte zunächst dagegen, daß der Opposition gewisse nicht zu verteidigende Flugblätter auf das Konto gesetzt werden. Er tabelte es, daß der Parteivorstand gegen gewisse aus

der Zeit entstehende Stimmungen und Äußerungen mit öffentlichen Warnungen vorgehe, mit deren Mißbrauch gerechnet werden müsse. In der Beurteilung gewisser politischer Kundgebungen entfernten sich manche Stimmen aus dem Mehrheitslager in bedenklicher Weise von dem Geiste, der in der Sozialdemokratie stets geherrscht habe. Wenn man der Opposition vielfach die in ihr vorhandenen Anschauungen vorwerfe, so könne man dies der Mehrheit der Fraktion zurückgeben, die nur mit Hilfe von Genossen, die schon sehr weit von sozialdemokratischen Grundsätzen abwichen, überhaupt noch die Mehrheit darstellen. Der Korreferent stellt dann richtig, daß er selbst vor Kriegsausbruch und in den ersten Kriegstagen nur an einer einzigen Besprechung mit der Regierung teilgenommen habe, und zwar an der Konferenz des Reichskanzlers mit den Vertretern sämtlicher Fraktionen. Der Parteivorstand beschloß einstimmig, während des Krieges keinerlei Gefälligkeit oder Liebesdienste von der Regierung anzufordern oder anzunehmen. Etwas ganz anderes aber sei die Forderung, die gegebene Situation zur Erweiterung der politischen Rechte auszunutzen, wie das aufstrebende Klassen stets als ihr Recht angesehen hätten. In der Ernährungsfrage habe die Partei fast nichts erreicht. Die Reform des Reichsvereinsgesetzes sei eine Lappalie und das Steuerbündel der Regierung und der Reichstagsmehrheit bestehe zum größten Teil aus Verbrauchs- und Verbrauchssteuern, die die Partei verwerfen müsse.

Die Mehrheit jedoch könne nach ihrer ganzen Haltung die Regierung in den entscheidenden Tagen nicht mehr bekämpfen. Statt von den auch im Kriege scharf hervorgetretenen Arbeiterinteressen spreche sie immer nur vom Volksganzen. Einen großen Teil seiner Ausführungen machte Gaase dem Nachweis dienstbar, daß die Bergangenheit und die Tradition der Partei sie keineswegs zur Kreditbewilligung am 4. August gezwungen hätten. Die Kreditfrage sei nur ein Glied der ganzen Regierungspolitik, die vom Parteivorstand noch kurz vor Kriegsausbruch so beurteilt worden sei, daß die Kreditbewilligung dann in der Tat allgemein als große Ueberraschung wirke, was ja schon beweise, daß sie nicht selbstverständlich gewesen wäre. Die Politik des Reichskanzlers könne nach wie vor nicht das Vertrauen einer Partei für sich beanspruchen, die noch die alte Sozialdemokratie wäre. Der Standpunkt, daß man dem Lande die Mittel zu seiner Verteidigung bewilligen könne, hätte konsequenterweise die Partei auch schon im Frieden zur Bewilligung der stets mit den Notwendigkeiten der Landesverteidigung begründeten Militärforderungen führen müssen; das Problem für die Sozialdemokratie sei vielmehr, welchen Charakter der Kriegstrage und wie die Gesamtregierungspolitik gegenüber der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung sei. Die Untersuchung dieser Frage bringt den Redner zu dem Ergebnis, die Politik der Fraktionsmehrheit als unsozialdemokratisch abzulehnen. Wenn die deutsche Sozialdemokratie die Vorkämpferin der Internationale sein wolle, dann dürfe sie nicht fragen, was die anderen tun, sondern müsse ihnen vorangehen. (Lebhafte Beifall der Opposition.) Die Aufgabe der Sozialdemokratie im Kriege müsse sein, die Völker einander wieder anzunähern. So wichtig die Einheit der Partei sei, so dürfe der Klassenkampf doch nicht darum abgeschwächt werden. Die Einigkeit der Partei müsse ruhen auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms.

Dem Korreferat folgte lebhafter, anhaltender Beifall der Opposition. Die Angaben über die Zusammensetzung der Konferenz sind noch dahin zu ergänzen, daß auch der Parteiauschuß an ihr teilnimmt.

Am Beginn der Nachmittagsitzung erhielt als Sprecherin der Gruppe „Internationale“ Käthe Duncker das Wort. Sie legte dar, daß die Internationale mit Kriegsausbruch wegen ihres lockeren Gefüges unmittelbar zusammenbrechen mußte. Nicht um Wiederaufrichtung könne es sich handeln, wie die Arbeitsgemeinschaft es anstrebte, sondern darum, die gesamte Arbeiterbewegung mit dem internationalen Gedanken zu erfüllen. Auch in Bezug auf die Landesverteidigung unterscheide sich die Gruppe der Rednerin von der Arbeitsgemeinschaft, was sich aus der Beurteilung der Kriege innerhalb der heutigen gesellschaftlichen Zustände ergebe. Die Gruppe stehe auf dem Standpunkt der Stuttgarter Resolution. Auch in der Steuerfrage sowie in Bezug auf die Friedenspetition des Parteivorstandes teilt die Gruppe nicht die Anschauung der Arbeitsgemeinschaft. Wenn aber auch die Opposition getrennt marschiere, so wolle sie vereint schlagen. Unter scharfen Angriffen auf die Fraktionsmehrheit und den Parteivorstand kommt die Rednerin zu dem Schluß, daß nicht die rein parlamentarische Frage der Kreditbewilligung das A und O sei. Der kommende Friede müsse die Internationale zu einer Macht gestalten, die künftige Kriege verhindert.

### Eine Resolution der Mehrheit.

Darauf trat die Konferenz in die Diskussion ein. Nachdem zwei Redner gesprochen haben, läßt eine Resolution Dr. David und Genossen ein. Sie erkennt die Pflicht der Landesverteidigung an, erklärt, daß der Krieg für Deutschland noch immer ein Verteidigungskrieg sei, wiederholt die Entschlossenheit der Sozialdemokratie, in der Landesverteidigung auszuhalten, bis die Gegner zu einem Frieden bereit sind, der die politische Unabhängigkeit, die territoriale Unversehrtheit und die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands gewährleistet. Weiter werden alle feindlichen Vernichtungs- und Eroberungsziele gegen das Deutsche Reich und seine Verbündeten zurückgewiesen, ebenso die Treibereien und Forderungen derer, die dem Kriege den Charakter eines Eroberungskrieges geben wollen und dadurch zur Verlängerung des Krieges beitragen.

Die Interessen und Rechte des eigenen Volkes voranzustellen, wird auch die Beachtung der Lebensinteressen der anderen Völker gefordert und das Ideal eines dauernden gesicherten Weltfriedens bekräftigt. Die Resolution bedauert die friedensfeindliche Haltung der feindlichen Staatsmänner, der französischen Sozialdemokratie und der englischen Arbeiterpartei, sie erklärt gegenüber den französischen Beschuldigungen, daß Deutschland infolge der allgemeinen Mobilmachung Rußlands vom 31. Juli 1914 auf das schwerste bedroht war. Der Wiederaufbau einer arbeits- und kampfstarken sozialdemokratischen Internationale wird als notwendig bezeichnet, die Verantwortung für die Verlängerung des Krieges denen zugeschieben, die sich einem baldigen Frieden widersetzen, die Hoffnung ausgesprochen, daß sich in allen beteiligten Ländern ein wachsender Friedenswille der breiten Volksmassen durchsetze, und von der deutschen Regierung wird gefordert, daß sie unausgesetzt bemüht bleibe, dem Kriege ein Ende zu machen und dem Volke den langersehnten Frieden wiederzugeben.

In einer Geschäftsordnungsdebatte wendet sich Dr. Braun (München) dagegen, daß die Reichskonferenz Beschlüsse fasse. Der Vorsitzende Hert erklärt, daß die Konferenz nach dem Beschluß des Parteiaususses nur solche bindende Beschlüsse nicht fassen werde, die in die Kompetenz der Parteitage eingreifen.

In der Diskussion, die bis in die späten Abendstunden dauert und morgen um 9 Uhr früh fertiggestellt wird, sprachen unter anderen David, Huer (München), Legien, Wollenkühn, Eduard Bernstein und Kautsky.